

II=2239 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1162 J

1981 -04- 10

A N F R A G E

der Abgeordneten DR. JÖRG HAIDER, PROBST, ING. MURER
an die Bundesregierung

betreffend Formen der wirtschaftlichen Kooperation zwischen den
Grenzregionen Österreichs und Jugoslawiens

In Beantwortung einer von den unterfertigten Abgeordneten an die
Bundesregierung gerichteten schriftlichen Anfrage (648/AB zu 631/J)
wurde bezüglich des seinerzeitigen Vorhabens eines österreichisch-
jugoslawischen Abkommens zur Regelung wirtschaftlicher Belange in den
Grenzregionen u. a. folgendes ausgeführt:

"Der von jugoslawischer Seite angestrebte Abschluß eines Regional-
abkommens wurde jedoch vor allem von der Bundeswirtschaftskammer
sowie den Ämtern der Landesregierung und den Handelskammern Kärntens
und der Steiermark negativ beurteilt. Das ursprüngliche Ziel ...,
ein Regionalabkommen mit Jugoslawien vorzubereiten, ist aufgrund
dieses Sachverhaltes nicht erreichbar. Hingegen scheint eine weitere
Verfolgung der ... positiven Vorschläge für eine Intensivierung der
Zusammenarbeit, unter Verzicht auf den Abschluß eines speziellen
Regionalabkommens, sinnvoll... Ungeachtet der nach der Bundesverfassung
beim Bund liegenden Kompetenz zum Abschluß von internationalen Abkommen
ist es selbstverständlich für die Implementierung eines solchen Abkommens
vorteilhaft und wünschenswert, wenn über deren Inhalt ein Grundkonsens
mit den betroffenen Ländern erzielt werden kann."

Die ablehnende Haltung Kärntens und der Steiermark lag und liegt nach
wie vor darin begründet, daß - entgegen anderslautenden Versicherungen
der Bundesregierung - die Realisierbarkeit des bei einem solchen Abkommen
notwendigen Maßes an Reziprozität im gegenständlichen Fall äußerst zweifel-
haft erscheint. Auch die Fragesteller haben in ihrer oben bezeichneten

- 2 -

Interpellation den Standpunkt vertreten, daß bei aller Bedeutung, die gutnachbarlichen Beziehungen auf der Basis einer gedeihlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kärnten und Steiermark einerseits und Slowenien andererseits zukommt, die Wahrung des Grundsatzes der Reziprozität im Sinne gleicher Chancen und Möglichkeiten eine unverzichtbare Voraussetzung für ein wirtschaftliches Regionalabkommen darstellt.

Obwohl das in Rede stehende Vorhaben aus den erwähnten Gründen nicht weiter verfolgt wurde, soll dieses nach vorliegenden Informationen nunmehr gelegentlich des Besuches des jugoslawischen Ministerpräsidenten Djuranovic erneut zur Sprache gebracht worden sein.

Die unterzeichnenden Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

1. Entspricht es den Tatsachen, daß das seinerzeitige Vorhaben eines österreichisch-jugoslawischen Abkommens zur Regelung wirtschaftlicher Belange in den Grenzregionen gelegentlich des Besuches des jugoslawischen Ministerpräsidenten zur Sprache gebracht wurde - und, wenn ja, in welcher Form bzw. mit welchem Ergebnis?
2. Wurden sonstige Formen einer möglichen und sinnvollen wirtschaftlichen Kooperation zwischen den Grenzregionen der beiden Länder näher erörtert - und, wenn ja, worum handelt es sich dabei im einzelnen?